



An den  
Vorsitzenden des Stadtentwicklungsausschusses  
Herrn Niklas Kienitz

Frau Oberbürgermeisterin  
Henriette Reker

**SPD-Fraktion  
im Rat der Stadt Köln**

Rathaus, Spanischer Bau  
50667 Köln

fon 0221. 221 259 50  
fax 0221. 221 246 57  
mail fraktion@koelnspd.de  
web www.koelnspd.de

Eingang beim Büro der Oberbürgermeisterin: 28.06.2018

**AN/1080/2018**

**Änderungs- bzw. Zusatzantrag gem. § 13 der Geschäftsordnung des Rates**

<b>Gremium</b>	<b>Datum der Sitzung</b>
Stadtentwicklungsausschuss	28.06.2018
Finanzausschuss Hpl.	08.10.2018
Rat Hpl.	08.11.2018

**Änderungsantrag zu StEA TOP 3.2, "Zweckentfremdung von Wohnungen als Ferienwohnungen verhindern - Personal im Wohnungsamt zusetzen!"**

Sehr geehrter Herr Kienitz,  
sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,

die SPD-Fraktion bittet Sie, folgenden Änderungs- und Zusatzantrag zu o.g. Antrag in die Tagesordnung der Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses am 28.06.2018 aufzunehmen:

**Beschluss:**

Der Beschlussvorschlag wird in Satz 1 wie folgt ergänzt (**Ergänzungen fett**):

Zum Haushaltsjahr 2019 werden **insgesamt** zusätzliche 18 Mitarbeiter\*innen für den Bereich Durchsetzung der Wohnraumschutzsatzung **sowie zur Erarbeitung und Durchsetzung von sozialen Erhaltungssatzungen** eingestellt **und die erforderlichen Finanz- und Sachmittel bereitgestellt.**

**Begründung:**

Neben der Durchsetzung der Wohnraumschutzsatzung ist gleichrangig die Erarbeitung und Durchsetzung von sozialen Erhaltungssatzungen anzugehen. Gerade in innerstädtischen Lagen erfolgt die Verdrängung der angestammten Wohnbevölkerung nicht nur durch Zweckentfremdung von Wohnraum, sondern auch durch Luxussanierungen und die Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen.

Wie aktuell die Diskussion in der Bezirksvertretung Innenstadt über die Bürger-eingabe zur Aufstellung einer sozialen Erhaltungssatzung für den Bereich um den Rathenauplatz gezeigt hat, sind der Verwaltung insbesondere aufgrund knapper Personalressourcen zur Erarbeitung weiterer sozialer Erhaltungssatzungen jedoch die Hände gebunden. Dabei ist akutes Handeln gefragt, da die Verdrängung jetzt erfolgt.

Zum Haushalt 2020 ist zu prüfen, ob weitere Zusetzungen von Personal, Finanz- und Sachmitteln für beide Bereiche erforderlich sind.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Dr. Barbara Lübbecke  
SPD-Fraktionsgeschäftsführerin